

Berlin, den 15.01.2009

Ohne Kaffee keine Sahnehaube - Erhöhung der Grundausrüstung statt elitärer Forschungsförderung

Antragsstellerin: Juso HsG

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

Wir lehnen die Einrichtung der sog. „Einstein-Stiftung“ bzw. „Stiftung Berlin International Forum for Excellence“ kategorisch ab.

Die Einrichtung einer Stiftung zur Förderung sogenannte „Spitzenforschung“ widerspricht unserem Anspruch an eine emanzipatorische und egalitäre Bildungspolitik.

Wie schon bei der Exzellenzinitiative führt auch hier die selektive Förderung einiger weniger - angeblich besonders wertvoller - Programme zu einer weiteren Hierarchisierung der Forschungs- und Bildungslandschaft in Berlin. Der weiteren Aufspaltung zwischen gut finanzierter „exzellenter“ Forschung an einigen wenigen Einrichtungen und der Mängelverwaltung im Rest der Hochschulen muss Einhalt geboten werden.

Durch die ‚Einstein-Stiftung‘ wird – wie schon bei der Exzellenzinitiative – einseitig die Forschung gefördert. Finanzielle Mittel werden so außerhalb der Hochschulstrukturen für lange Zeit einseitig der Forschung versprochen. Dies zementiert die **Vernachlässigung der Lehre**. Dieses bereits verplante Geld wird auch bei den gerade stattfindenden Neuverhandlungen der Hochschulverträge für die mangelhafte Grundausrüstung der Hochschulen fehlen.

Durch die zentrale Vergabe von Geldern wird gravierend in die Forschungsfreiheit der Hochschulen eingegriffen und eine zentrale Lenkung der Forschungsinhalte durch die Hintertür geschaffen, indem nur genehme Projekte eine Förderung erhalten.

Ein außerhalb der Hochschulstrukturen stehendes Gremium soll in Zukunft über die Förderungen an den Hochschulen bestimmen. Diese Entscheidungsstruktur ist ein Eingriff in die **Hochschulautonomie** und diktiert von außen, welche Schwerpunkte die Hochschulen zu setzen haben.

Weiterhin lehnen wir die Art der Organisation der Stiftung als undemokratisch ab. Dem Aufsichtsrat der Stiftung sollen bisher weder VertreterInnen der Fachhochschulen, noch der Studierenden und anderen Gruppen der akademischen Selbstverwaltung angehören.

Dies wird in unseren Augen dazu führen, dass die Universitätspräsidenten und Senatoren, sich die Gelder für in der Exzellenzinitiative gescheiterte Prestigeprojekte gegenseitig zuschieben.

Eine irgendwie geartete demokratische Legitimierung und Kontrolle des Aufsichtsgremiums ist nicht gegeben: Weder das Abgeordnetenhaus von Berlin noch die Gremien der akademischen Selbstverwaltung können auf die Entscheidungen der Stiftung angemessen Einfluss nehmen

Uns verwundert außerdem die Einrichtung als Stiftung des bürgerlichen Rechts, die keiner parlamentarischen Kontrolle und keinem Stiftungsgesetz unterliegt. Damit werden **privatwirtschaftliche Strukturen** verwendet, um öffentliche Gelder zu verteilen. Dies zeigt anschaulich die undemokratische Organisation der Stiftung.

Ein **Mehrwert aus der zusätzlichen Struktur einer Stiftung ist damit nicht gegeben**, vielmehr soll eine Parallelstruktur aufgebaut werden. Intransparenz und undemokratische Strukturen in der Forschung werden festgeschrieben.

In unseren Augen muss es aber Ziel einer vernünftigen Bildungs- und Forschungspolitik sein, eine **vollständige Demokratisierung** der Hochschulen zu erreichen.

Deshalb fordern wir, anstatt ominöse Spitzenforschung gesondert zu alimentieren, die in den Hochschulverträgen 2009 auszuhandelnde Basisförderung der Hochschulen radikal aufzustocken.

Das StuPa der HU lehnt auch weiterhin jegliches Elitestreben innerhalb der Forschung ab. Wie auch schon bei der Exzellenzinitiative sehen wir sowohl eine Gefahr für die Einheit von Forschung und Lehre als auch für die demokratische Kontrolle der Forschung. Eliten sind per Definition undemokratisch. Wir fordern aber eine offene Hochschule, die allen den gleichen Zugang zu Bildung ermöglicht.

Eine demokratische Kontrolle auch von innen muss in allen Hochschulen des Landes Berlin gegeben sein.

Diese Resolution wird durch das Studierendenparlament an die Senatoren für Bildung und Finanzen und die Leitung der HU Berlin weitergegeben und als Pressemitteilung verschickt.